

- Unter Berufung auf das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) vom 22. Juli 1913 begründen „Reichsbürger“ ihre Staatsangehörigkeit zum Deutschen Reich.
- Wiederum andere errichten gleich ihre eigenen „Territorien“ und wollen sich darin selbst verwalten unter Berufung auf die UN-Resolution A/RES/56/83.

## **Welche ideologischen Gemeinsamkeiten haben „Reichsbürger“?**

Die Gemeinsamkeit aller Strömungen in der „Reichsbürgerbewegung“ liegt in der Aberkennung der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland. Weder Verfassung, noch Gesetze und völkerrechtlicher Status der Bundesrepublik Deutschland werden von der „Reichsbürgerbewegung“ akzeptiert.

„Reichsbürger“ stützen sich auf ein gebiets- und geschichtsrevisionistisches Fundament. In der „Reichsbürgerbewegung“ findet sich außerdem ein Gemenge an Ideologien, welche von rechtsextremistischen Bestrebungen bis hin zu esoterisch ökologisch angereicherten Verschwörungstheorien reichen. Rivalitäten sowie Vermengung und Gewichtung der Ideologiefragmente führen in der „Reichsbürgerbewegung“ dazu, dass ihr ein zusammenführender Überbau fehlt.

Dadurch werden „Reichsbürger“ nicht immer auf den ersten Blick als solche erkannt, auch wenn sie teilweise mit eigenen Regionalbezügen und Ersatz- „Währungen“ auftreten.

## **Wie treten „Reichsbürger“ in Schleswig-Holstein auf?**

Für „Reichsbürger“ besteht die Notwendigkeit, ihr jeweiliges Deutsches Reich wieder zu voller Handlungsfähigkeit zu führen bzw. anerkannt zu bekommen. Mitglieder der „Reichsbürgerbewegung“ versuchen, dieses durch diverse absurde Schreiben an Behörden umzusetzen.

- „Reichsbürger“ reichen dazu bei schleswig-holsteinischen Behörden vermehrt „Entlassungsurkunden“ aus der BRD ein. Damit verbunden fordern die Personen häufig eine „Umtragung“ sämtlicher Dokumente auf ihr jeweiliges Deutsches Reich. Das kann über eine Änderung von Eintragungen im Grundbuch bis hin zur Legitimierung ihrer „Reichs- und Staatsangehörigkeitsausweise“ gehen (rechtsirrigen Annahme zu § 1 RuStAG).
- Einige Gruppierungen sind mit sämtlichen „Staatsämtern“ ausgestattet, wie „Kanzler“, „Innenminister“ oder auch „Staatssekretär“ und stellen eigene Dokumente wie „Reichspersonenausweise“, „Reichsführerscheine“ und sogar eigene Kfz-Kennzeichen aus. Das alles kann käuflich erworben werden und bietet daher eine durchaus lukrative Einnahmequelle.